

Bonn, den 14. September 2021

Positionierung des Präsidenten der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.  
zur Bundestagswahl 2021

## ZUKUNFT DURCH TRANSFORMATION! ES BRAUCHT EINE STRUKTUROFFENSIVE FÜR DIE KULTUR UND KULTURPOLITIK

Globale Umbrüche und multiple Krisen im Klima-, Migrations-, Gesundheits- und Finanzbereich tragen zu einer Beschleunigung tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungsprozesse bei und haben mittlerweile katastrophische Auswirkungen – global wie national. Sie verändern nicht nur tradierte Gewissheiten, Sicherheitserwartungen und Zukunftshoffnungen, sondern bedrohen das Leben vieler Millionen Menschen und machen unmissverständlich klar, dass **ein ›Weiter so‹ nicht mehr möglich ist** und es keine Ausreden mehr gibt, auch in der Kulturpolitik nicht. Notwendig ist eine grundlegende Transformation. Eine an gesellschaftspolitischen Prioritäten orientierte, nachhaltige Kulturpolitik kann dabei behilflich sein, wenn sie nicht nur als restaurative Reparatur gedacht wird.

Der Bund sollte eine Strukturoffensive für die Kultur einleiten. Dazu braucht es Unterstützungsleistungen für die **Transformationskompetenzen** und transformative Ausrichtung des gesamten Kulturbereichs. Gemeint ist nicht, neue Strukturen aufzubauen, sondern die bisherigen Strukturen in ihrer Fähigkeit zu stärken, sich nachhaltig an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen und dadurch neue Wege zu gehen. Dafür fordert die Kulturpolitische Gesellschaft e. V.:

### **››Infrastrukturpolitik und Förderpolitik unter den Vorbehalt ihrer Klimaverträglichkeit stellen**

Wir wissen: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss gestoppt werden, und es muss jetzt geschehen. Das Bundesverfassungsgericht hat eindrücklich klargemacht, dass die Politik des Bundes ihre Zukunftsverantwortung ernster nehmen muss. Dies gilt auch für die Kulturpolitik und kann nur bedeuten, **alle Maßnahmen unter den Vorbehalt ihrer Klimaverträglichkeit zu stellen**. Vor allem die kulturelle Infrastrukturpolitik, aber auch die projektorientierte Förderpolitik des Bundes sind hier gefordert.

### **»» Kulturförderung umbauen**

Es braucht einen **Wandel in den Mechanismen öffentlicher Förderung** von Bund, Ländern und Kommunen. Dabei gilt es, einen Anreiz für Weiterentwicklungen im Kulturbereich zu schaffen, um den sich verändernden gesellschaftlichen Realitäten gerecht zu werden und eine möglichst breite Partizipation und Teilhabe der Akteur\*innen und Zielgruppen voranzubringen. Kulturpolitik ist hier in der Pflicht zu fördern, aber auch zu fordern, wenn es um die Einlösung gesellschaftspolitischer Aufgaben geht – von der kulturellen Bildung über die Stärkung der Demokratie, von Diversität bis hin zu Nachhaltigkeit. Nur in einer freien, gerechten und resilienten Gesellschaft ist die Freiheit der Kunst gesichert.

### **»» Aus der Corona-Krise lernen**

Die Corona-Pandemie hat Strukturprobleme in der Kulturförderung offengelegt. Die freie Kulturszene ist davon besonders betroffen. Kulturakteur\*innen, Kulturorganisationen und kulturelle Infrastruktur sollten nicht nur durch Übergangshilfen in der Krise und nach dem Gießkannenprinzip gesichert werden. Für resiliente Kulturlandschaften braucht es eine Transformation hin zu **innovativen und nachhaltigen Förderstrategien** mit Planungssicherheit, die die unterschiedlichen Systeme und Bedarfe von freier Szene, Solo-Selbstständigen und institutionalisierten Kultureinrichtungen berücksichtigen. Die Kulturstiftung des Bundes und die Bundeskulturfonds könnten hierbei durch Impulsförderungen eine wichtige Rolle spielen. Dabei kann von der angewandten zuwendungsrechtlichen Flexibilisierung während der Coronakrise gelernt werden, die verstetigt werden sollte.

### **»» Mehr Etat für Weiterbildung, Kompetenzentwicklung und Cultural Leadership**

Transformationen brauchen Kompetenzen und Wissen. Im Kultursektor gibt es kaum Budgets für Weiterbildungen und Kompetenzentwicklung. Unterstützungsleistungen und Fonds aus öffentlicher Hand sollen dabei mehr Transformationskompetenzen in die Systeme bringen. Veränderung braucht Führung. Führungskräfte in der Kultur sind vor allem fachlich ausgebildet. Die Entwicklung der ebenso benötigten Management- und Leadership-Kompetenzen sollte mit einem eigenen **Kompetenzentwicklungsprogramm** unterstützt werden, ebenso sollten flächendeckend intermediäre Organisationen für Coaching und Beratungsleistungen für Transformation geschaffen werden.

### **»» Mehr Beratung und Vernetzung – Aufbau eines Climate Desk**

Viele Kultureinrichtungen und Kulturakteur\*innen sind bereit, ihren Beitrag zu einer innovativen und ökologisch zukunftsfähigen Kulturproduktion zu leisten. Bestehende Erfahrung und Wissen sollen innerhalb des Kultursektors an die Kulturakteur\*innen strukturiert weitergegeben werden. Dazu braucht es einen **Wissenspool und kontinuierliches Netzwerkmanagement** mit dem Ziel, vorhandene Expertise für den Sektor nutzbar zu machen sowie Informationen zu sammeln und bereitzustellen.

### **»» Kulturpolitik durch Forschung und Beratung qualifizieren**

Kulturpolitik braucht Erkenntnisse, die sich auf ihren Wirkungsbereich beziehen. Gerade die neuen Herausforderungen begründen die Notwendigkeit der qualifizierten Recherche, der wissenschaftlichen Evaluation und der Grundlagenforschung, um **Transformationsprozesse nachhaltig, faktenbasiert und partizipativ steuern** zu können. Notwendig ist deshalb die Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen Kulturpolitikforschung durch Bund und Länder, um deren Erkenntnisse in Qualifizierungs- und Beratungsangebote einfließen zu lassen.

### **»» Kooperativen Kulturföderalismus stärken**

Bund, Länder und Kommunen müssen langfristig und jenseits von temporären Überbrückungsgeldern kulturpolitisch zusammenstehen. Zielführend für die Stärkung der Kulturfinanzierung ist es, **Bund-Länder-Kommunen-Finanzierung besser zu verzahnen** und dafür auf Länderebene eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die auch die Konnexitätsfrage berücksichtigt. Die Etablierung spezieller Kulturgesetze, wie sie in Nordrhein-Westfalen und Sachsen bereits entwickelt wurden, sind dafür ein wichtiges Signal.

### **»» Kulturverantwortung der Kommunen stärken – Disparitäten abbauen**

Kultur liegt zum Großteil in der Verantwortung der Kommunen und gilt als freiwillige kommunale Selbstverwaltungsaufgabe. In einer Zeit drohender Finanzierungslücken darf Kultur aber gerade nicht zum Instrument der Haushaltskonsolidierung werden. Es gilt vielmehr, **alle Kommunen in die Lage zu versetzen, ihrer Verantwortung für die kulturelle Daseinsvorsorge gerecht werden zu können**. Dafür bedarf es eines Ausgleichsinstruments, um vor allem ärmere Städte und Gemeinden zu unterstützen und Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Räumen abzubauen. Der Bund könnte dies durch zeitlich befristete Programme und Fonds unterstützen.

### **»» Staatsziel Kultur ist mehr als Symbolpolitik**

Kulturpolitik ist tagtäglich gestaltete Realpolitik. Ihre Bedeutung ist unbestritten, wenn sie sich den tatsächlichen Erwartungen und Interessen der Menschen mit Augenmaß und in Kenntnis der strukturellen Herausforderungen und mit Respekt gegenüber den Erfordernissen in anderen Ressorts widmet. Die Forderung, **Kultur als Staatsziel** im Grundgesetz zu verankern, hätte für den Status der Kulturpolitik hohe Symbolkraft, und es wäre – nachdem der Einigungsvertrag bereits vom Kulturstaat Deutschland spricht – höchste Zeit, hier Klarheit in die Verfassung zu bringen. Dies führt zwar nicht zu mehr Gewissheit in der Kulturfinanzierung, unterstreicht aber national wie international den klaren Willen einer konsistenten Kulturpolitik auf allen Ebenen des föderalen Bundesstaats.

Dr. Tobias J. Knoblich

– Präsident –